

# BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT sieht Zusammenarbeit mit neuer Regierung positiv entgegen.

## Die neue Regierung verspricht freiwilliges Engagement, Gemeinnützigkeit und die Zivilgesellschaft zu fördern. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Wien (OTS) - 28.01.2010 - Die im **BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT** zusammengeschlossenen Organisationen zeigen sich heute erfreut darüber, dass viele ihrer **Vorschläge zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und gemeinwohlorientierter Arbeit** in das Regierungsprogramm aufgenommen wurden. Sie nehmen die morgen beginnende Regierungsklausur zum Anlass, der Regierung die Zusammenarbeit bei der Umsetzung anzubieten.

BÜNDNIS-Sprecher Franz Neunteufl: "Tausende gemeinnützige Vereine, Stiftungen und soziale Unternehmen tragen durch ihre Leistungen wesentlich zum Gemeinwohl und zur Bewahrung des sozialen Friedens in Österreich bei. Wir freuen uns darüber, dass die neue Regierung das in ihrem Programm anerkennt und beabsichtigt diesen wichtigen Sektor wieder mehr zu fördern."

Als erstes Vorhaben, das relativ einfach umzusetzen sei, nennt Neunteufl die Einrichtung eines sogenannten "**Satellitekontos**" in der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**, das es der Statistik Austria ermöglicht, regelmäßig Kennzahlen über die wirtschaftliche Bedeutung der Nonprofit Organisationen (NPOs) und der Freiwilligenarbeit zu veröffentlichen, wie das für andere Branchen, etwa die Landwirtschaft, den Tourismus, die Industrie usw. seit langem selbstverständlich ist.

Ein weiteres wichtiges Projekt für die gemeinnützigen Organisationen ist die **Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts** im Zuge der geplanten Steuerreform. Neunteufl: "Die für unsere Mitglieder maßgeblichen steuerlichen Bestimmungen haben einen Umfang und eine Komplexität erreicht, vor der mittlerweile selbst viele Steuerberater\*innen kapitulieren. Die daraus erwachsenden Kosten und Risiken tragen die Organisationen."

Auch die Absicht der Regierung, eine **nationale Strategie zur Förderung des Freiwilligenengagements** zu entwickeln und die dafür notwendige Infrastruktur auszubauen wird vom BÜNDNIS begrüßt. Ehrenamt und Freiwilligenarbeit sollen deutlicher von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abgegrenzt werden, weil derzeit auch hier erhebliche Risiken für jene Organisationen bestehen, die auf Freiwillige angewiesen sind.

Neunteufl abschließend: "Zur Umsetzung dieser Vorhaben ist es notwendig, dass die Regierung, Verwaltung und die davon betroffenen Organisationen miteinander in einen Dialog treten und an einem Strang ziehen. Wir sind bereit dazu."

### Rückfragehinweis:

DI Franz Neunteufl; T: 0664 5747584, E: kontakt@buendnis-gemeinnuetzigkeit.at

Im BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT sind bis jetzt 19 namhafte Verbände und Netzwerke mit mehr als 3.000 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen

---

Zeichen: 3053 | Wörter: 357 | Zeilen: 59

### Zitate:

"Tausende gemeinnützige Vereine, Stiftungen und soziale Unternehmen tragen durch ihre Leistungen wesentlich zum Gemeinwohl und zur Bewahrung des sozialen Friedens in Österreich bei. Wir freuen uns darüber, dass die neue Regierung das in ihrem Programm anerkennt und beabsichtigt diesen wichtigen Sektor wieder mehr zu fördern."

Franz Neunteufl, BÜNDNIS-Sprecher

"Die für unsere Mitglieder maßgeblichen steuerlichen Bestimmungen haben einen Umfang und eine Komplexität erreicht, vor der mittlerweile selbst viele Steuerberater\*innen kapitulieren. Die daraus erwachsenden Kosten und Risiken tragen die Organisationen."

Franz Neunteufl, BÜNDNIS-Sprecher

"Zur Umsetzung dieser Vorhaben ist es notwendig, dass die Regierung, Verwaltung und die davon betroffenen Organisationen miteinander in einen Dialog treten und an einem Strang ziehen. Wir sind bereit dazu."

Franz Neunteufl, BÜNDNIS-Sprecher